

orell füssli

Barbara Abegg
Sandra Marmy-Brändli



Repetitorium Immateriälgüterrecht

4., überarbeitete Auflage

Abegg, Marmy-Brändli
Immaterialgüterrecht

Barbara Abegg / Sandra Marmy-Brändli

Repetitorium Immaterialeüterrecht

Kurz gefasste Darstellung mit
Schemata, Übungen und Lösungen

4., überarbeitete Auflage

orell füssli
verlag

4., überarbeitete Auflage 2023
Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch

Allfällige nachträglich bekannt gewordene Fehler werden in einer Korrigenda publiziert unter
www.ofv.ch/505091

© 2023 Orell Füssli AG, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Übersetzung oder Vervielfältigung auf anderen Wegen sowie elektronische Speicherung und Wiedergabe bleiben vorbehalten, auch bei nur auszugsweiser Verwertung wie Entnahme von Abbildungen und Tabellen. Soweit Vervielfältigungen des Werks oder Teilen davon im Einzelfall und in den Grenzen der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes zulässig sind, sind diese grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

ISBN 978-3-280-07198-4 Print
ISBN 978-3-280-09483-9 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittel-spezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Das Immaterialgüterrecht ist eine äusserst dynamische Rechtsmaterie. Zwischen dem Erscheinen der 1. Auflage dieses Repetitoriums im Jahr 2004 und der 2. Auflage von 2010 sind das Patent- und Urheberrecht sowie der Sortenschutz tiefgreifenden Teilrevisionen unterzogen worden. Seit dem Erscheinen der 2. Auflage hat die sog. «Swissness-Revision» zu einer Reihe von Änderungen im Markenrecht geführt, nicht nur, aber in erster Linie, im Bereich der geografischen Herkunftsangaben. Parallel wurde das Verständnis des Designrechts durch eine Reihe von Entscheidungen konkretisiert. Schliesslich nahm mit dem Bundespatentgericht ein Spezialgericht die Arbeit auf. Diesen Entwicklungen wurden mit der 3. Auflage Rechnung getragen. Seitdem ergingen aber immer wieder neue Urteile in allen Rechtsgebieten, die nun in der neuesten Auflage reflektiert werden.

Ziel des vorliegenden Buchs ist es, dem Leser eine konzise, aber vollständige Darstellung des Stoffs zu bieten. Auf eine eingehende Auseinandersetzung mit Streitfragen wurde deshalb weitgehend verzichtet. Die zahlreichen Verweise auf Rechtsprechung und Literatur erschliessen dem Leser die eingängigen Fundstellen und ermöglichen eine rasche Vertiefung der Fragestellungen. Äusserst praxis-, aber nur teilweise prüfungsrelevant sind die weitergehenden Ausführungen zu Rechtsverkehr und Rechtsschutz im 6. und 7. Teil, welche die Darstellung der einzelnen Immaterialgüterrechte ergänzen und vervollständigen.

Das Buch richtet sich in erster Linie an Studierende der Rechtswissenschaft. Zugleich mag es auch Praktikern und weiteren Interessierten dienen, die sich in kurzer Zeit einen Überblick über ein noch unbekanntes Rechtsgebiet verschaffen wollen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird für sämtliche Personenbezeichnungen, die für beiderlei Geschlecht gelten, die männliche Form verwendet.

Die Autorinnen sind für Hinweise auf Fehler oder für Verbesserungsvorschläge jederzeit dankbar. Diese sind zu richten an den Verlag: jusmedien@orellfuessli.com

Die Arbeiten an den Texten waren wie folgt verteilt:

- Barbara Abegg: Patentrecht und Designrecht
- Sandra Marmy-Brändli: Markenrecht und Urheberrecht
- Beide: Grundlagen, Rechtsverkehr und Rechtsschutz

Ein ganz herzlicher Dank geht an die Urheber der ersten drei Auflagen Florent Thouvenin, Roland Fischer und Marcel Bircher, ohne die diese 4. Auflage so nicht hätte realisiert werden können.

Zürich, im Juli 2023

Barbara Abegg und Sandra Marmy-Brändli

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	16
Literaturverzeichnis	23
1. Teil Grundlagen	27
2. Teil Patentrecht	38
3. Teil Urheberrecht (und verwandte Schutzrechte)	90
4. Teil Designrecht	134
5. Teil Markenrecht	168
6. Teil Rechtsverkehr	210
7. Teil Rechtsschutz	241
8. Teil Das Immaterialgüterrecht im Überblick	261
Lösungen	263
Stichwortverzeichnis	281

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	16
Literaturverzeichnis	23
1. Teil Grundlagen	27
A Rechte an immateriellen Gütern	27
B Ökonomische Rechtfertigung für Immaterialgüterrechte	27
C System des immaterialgüterrechtlichen Schutzes	28
1 Gegenstand	28
2 Schutzvoraussetzungen	29
3 Erwerb	29
3.1 Übersicht	29
3.2 Registerrechte	30
3.3 Mehrheit von Berechtigten	30
4 Schutzwirkungen	30
4.1 Ausschliesslichkeitsrechte	30
4.2 Schranken	31
4.3 Schutzdauer	33
D Immaterialgüterrechte und Wettbewerb	33
E Exkurs: Sorten- und Topographenschutz	34
1 Sortenschutz	34
2 Topographenschutz	37
2. Teil Patentrecht	38
A Übersicht	38
B Gegenstand	39
1 Die Erfindung	39
1.1 Lehre zum technischen Handeln	39
1.2 Ausführbarkeit	39
1.3 Wiederholbarkeit	40
2 Keine Erfindung	40
2.1 Entdeckungen	40
2.2 Ästhetische Formschöpfungen	41
2.3 Blosser Regeln für das menschliche Verhalten	41
2.4 Computerprogramme	42
2.5 Wiedergabe von Informationen	43
3 Keine patentierbare Erfindung	43
3.1 Verstoss gegen öffentliche Ordnung und gute Sitten	43
3.2 Erfindungen der Biotechnologie	44
3.3 Verfahren der Chirurgie, Therapie und Diagnostik	45
3.4 Pflanzensorten und Tierrassen	45
3.5 Biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren	46
4 Kategorien von Erfindungen	46

C	Schutzvoraussetzungen	48
1	Grundsatz	48
2	Gewerbliche Anwendbarkeit	48
3	Keine unzulässigen Änderungen	48
4	Genügende Offenbarung der Erfindung in der Patentanmeldung	49
5	Neuheit	49
5.1	Überblick	49
5.2	Beurteilung der Neuheit	50
5.3	Ältere Drittrechte	51
5.4	Unschädliche Offenbarung	51
5.5	Neue Verwendung bekannter Stoffe	51
5.6	Prioritätsrecht	52
6	Nicht-Naheliegen	53
6.1	Überblick	53
6.2	Beurteilung des Nicht-Naheliegens	53
D	Erwerb	56
1	Überblick	56
2	Recht auf das Patent	56
2.1	Inhaber des Rechts auf das Patent	57
2.2	Recht auf das Patent im Arbeitsverhältnis	57
2.3	Mehrere unabhängige Inhaber des Rechts auf das Patent	58
2.4	«Nichtinhaber» des Rechts auf das Patent	58
3	Patentanmeldung	59
3.1	Inhalt der Patentanmeldung	59
3.2	Erfindernennung	60
4	Patenterteilung	61
4.1	Überblick	61
4.2	Schweizer Patent	61
4.3	Europäisches Patent	64
4.4	Verfahren nach PCT	69
E	Schutzwirkungen	71
1	Ausschliesslichkeitsrechte	71
1.1	Verbotsrechte	71
1.2	Schutzbereich	73
2	Schranken des Patentrechts	77
2.1	Volle Freistellung	77
2.2	Gesetzliche Lizenzen	79
2.3	Zwangslizenzen	81
3	Die Schutzdauer	83
3.1	Grundsatz	83
3.2	Vorzeitiges Erlöschen	83
3.3	Ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel	84
F	Internationales Patentrecht	84
1	Vorbemerkung	84
2	Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)	85
3	TRIPS	86
G	Einheitspatent	87
H	Das Patentrecht auf einen Blick	87
I	Übungen zum 2. Teil	87

3. Teil	Urheberrecht (und verwandte Schutzrechte)	90
A	Übersicht	90
B	Gegenstand	91
	1 Das Werk	91
	1.1 Der Werkbegriff	91
	1.2 Die Werkarten	91
	2 Entwürfe, Titel und Teile von Werken	92
	3 Sammelwerke	92
	4 Nicht geschützte Werke	93
	5 Schöpfung unter Benutzung vorbestehender Werke	93
C	Schutzvoraussetzungen	94
	1 Übersicht	94
	2 Geistige Schöpfung	94
	3 Individueller Charakter	95
	4 Nicht-individuelle Fotografien von dreidimensionalen Objekten	99
D	Erwerb	100
	1 Der einzelne Urheber	100
	2 Die Mehrheit von Urhebern	100
	2.1 Werkeinheit	100
	2.2 Werkverbindung	101
E	Schutzwirkungen	101
	1 Ausschliesslichkeitsrechte	101
	1.1 Rechte des Urhebers	101
	1.2 Schutzbereich	106
	2 Schranken des Urheberrechts	107
	2.1 Volle Freistellung	108
	2.2 Gesetzliche Lizenzen	111
	2.3 Zwangslizenz zur Herstellung von Tonträgern	112
	2.4 Zwang zur kollektiven Verwertung	112
	2.5 Vermieten von Werkexemplaren	113
	2.6 Erschöpfungsgrundsatz	113
	3 Schutzdauer	115
	3.1 Begründung der Befristung	115
	3.2 Dauer der Schutzfrist	116
	3.3 Berechnung der Schutzfrist	116
F	Verwandte Schutzrechte	117
	1 Übersicht	117
	2 Rechte der ausübenden Künstler (Interpretenschutz)	117
	3 Rechte der Hersteller von Ton- und Tonbildträgern	119
	4 Rechte der Sendeunternehmen	120
G	Digital Rights Management und Pflichten für Hosting-Provider	120
	1 Übersicht	120
	2 Schutz technischer Massnahmen	121
	3 Schutz von Informationen für die Rechtswahrnehmung	122
	4 Pflichten für Hosting-Provider	123
H	Verwertungsgesellschaften	123
	1 Aufgabe der Verwertungsgesellschaften	123
	2 Die schweizerischen Verwertungsgesellschaften	124
	3 Tätigkeiten der Verwertungsgesellschaften	125
	3.1 Vorbemerkung	125
	3.2 Grundzüge der Tätigkeiten von Verwertungsgesellschaften	125

4	Gesetzliche Regelung der Tätigkeiten von Verwertungsgesellschaften	125
4.1	Anwendungsbereich der gesetzlichen Regelung	125
4.2	Bewilligung durch das IGE	126
4.3	Pflichten der Verwertungsgesellschaften	126
4.4	Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften	127
5	Erweiterte Kollektivlizenzen	127
5.1	Gegenstand	127
5.2	Zweck und Abgrenzung zu Urheberrechtsschranken	128
I	Internationales Urheberrecht	128
1	Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ)	128
2	Rom-Abkommen und weitere Abkommen über verwandte Schutzrechte	129
3	WCT und WPPT	129
4	TRIPS	130
J	Das Urheberrecht auf einen Blick	131
K	Übungen zum 3. Teil	131
4. Teil	Designrecht	134
A	Übersicht	134
B	Gegenstand	135
1	Das Design	135
1.1	Gestaltung eines Erzeugnisses	135
1.2	Äusserliche Wahrnehmbarkeit	136
1.3	Abgrenzungen	136
2	Exkurs: Verhältnis zu anderen Immaterialgüterrechten	138
C	Schutzvoraussetzungen	138
1	Neuheit	139
1.1	Überblick	139
1.2	Beurteilung der Neuheit	139
1.3	Unschädliche Offenbarung	141
1.4	Prioritätsrecht	141
2	Eigenart	142
2.1	Überblick	142
2.2	Beurteilung der Eigenart	142
3	Schutzausschlussgründe	145
3.1	Überblick	145
3.2	Technische Bedingtheit	145
3.3	Verstoss gegen geltendes Recht	146
3.4	Verstoss gegen öffentliche Ordnung und gute Sitten	146
D	Erwerb	147
1	Überblick	147
2	Recht auf das Design	147
2.1	Inhaber des Rechts auf das Design	148
2.2	Mehrere unabhängige Inhaber des Rechts auf das Design	148
2.3	«Nichtinhaber» des Rechts auf das Design	149
3	Verfahren nach DesG	149
3.1	Hinterlegung	149
3.2	Prüfungsverfahren	150
3.3	Eintragung und Veröffentlichung	151
3.4	Aufschub der Veröffentlichung	151
3.5	Rechtsmittel	151
4	Verfahren nach HMA	152

4.1	Überblick	152
4.2	Hinterlegung	153
4.3	Eintragung und Veröffentlichung	154
4.4	Nachträgliche Schutzverweigerung	154
4.5	Schutzfrist	155
E	Schutzwirkungen	156
1	Ausschliesslichkeitsrechte	156
1.1	Verbotsrechte	156
1.2	Schutzbereich	158
2	Schranken des Designrechts	161
2.1	Weiterbenützungsrecht	161
2.2	Mitbenützungsrecht	161
2.3	Erschöpfung	162
3	Schutzdauer	162
3.1	Grundsatz	162
3.2	Vorzeitiges Erlöschen des Designrechts	163
F	Internationales Designrecht	163
1	HMA	163
2	Locarno-Übereinkommen	164
3	Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)	164
4	TRIPS	164
G	Das Designrecht auf einen Blick	165
H	Übungen zum 4. Teil	165
5. Teil	Markenrecht	168
A	Übersicht	168
B	Gegenstand	168
1	Marke	168
1.1	Begriff der Marke	168
1.2	Erscheinungsformen / Arten von Marken	169
1.3	Funktion der Marke	169
2	Kennzeichen als Oberbegriff	170
2.1	Kennzeichen	170
2.2	Einheit des Kennzeichenrechts	170
C	Schutzvoraussetzungen	170
1	Unterscheidungseignung	170
2	Absolute und relative Schutzausschlussgründe	171
3	Absolute Schutzausschlussgründe (MSchG 2)	171
3.1	Zeichen des Gemeinguts (lit. a)	171
3.2	Schutzunfähige Waren- und Verpackungsformen (lit. b)	175
3.3	Irreführende Zeichen (lit. c)	176
3.4	Rechts-, sitten- und ordnungswidrige Zeichen (lit. d)	177
4	Relative Schutzausschlussgründe	177
4.1	Gleichartigkeit von Waren und Dienstleistungen	178
4.2	Zeichenähnlichkeit	179
4.3	Verwechslungsgefahr	180
4.4	Ältere Marken (insb. die notorische Marke)	182
4.5	Rechtsfolge	182
D	Erwerb	182
1	Grundsatz	182
2	Eintragungsverfahren	183

2.1	Hinterlegung	183
2.2	Markenprüfung und Rechtsmittel	183
2.3	Publikation	184
3	Priorität	185
3.1	Hinterlegungspriorität	185
3.2	Unionspriorität	185
3.3	Gegenrechtspriorität	185
3.4	Ausstellungspriorität	185
3.5	Notorietät	185
4	Markenregister	185
5	Widerspruchsverfahren	185
6	Zivilklage	186
E	Schutzwirkungen	187
1	Bestand	187
1.1	(Keine) Gültigkeitsdauer der Marke	188
1.2	Gebrauchserfordernis	188
2	Inhalt	191
2.1	Grundlagen	191
2.2	Umfang der Ausschliesslichkeitsrechte	191
2.3	Einzelne Verbotsrechte	192
2.4	Schranken des Ausschliesslichkeitsrechts	192
2.5	Die berühmte Marke	193
F	Garantie- und Kollektivmarke	195
1	Begriff	195
2	Markenreglement	195
3	Nutzungsberechtigung	195
G	Geografische Bezeichnungen	196
1	Überblick	196
2	Herkunftsangaben	198
2.1	Begriff	198
2.2	(Un-)Zulässigkeit des Gebrauchs	198
2.3	Bestimmung der Herkunft	199
2.4	Präzisierung in einer Branchenverordnung	200
3	Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben	201
3.1	Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse	201
3.2	Kontrollierte Ursprungsbezeichnungen für Wein	202
3.3	Geografische Angaben für nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse	202
4	Geografische Marken	203
H	Internationales Markenrecht	204
1	Möglichkeiten zum Schutz einer Marke im Ausland	204
2	Internationale Registrierung nach dem Madrider System	204
2.1	Verfahren	204
2.2	Abhängigkeit der internationalen Registrierung von der nationalen Eintragung	204
2.3	(Keine) Gültigkeitsdauer der Marke	205
3	Erwerb des Markenrechts in der Schweiz durch internationale Registrierung	205
4	Pariser Verbandsübereinkunft und TRIPS	205
I	Exkurs: Domainnamen	206
1	Vergabe von Domainnamen	206
2	Eintragung von Domainnamen als Marken	206

3	Streitigkeiten um Domainnamen	206
4	Domainnamen und Marken / Namensrecht	207
J	Das Markenrecht auf einen Blick	207
K	Übungen zum 5. Teil	208
6. Teil Rechtsverkehr		210
A	Übersicht	210
B	Übertragung	211
1	Rechtsgrundlagen	211
2	Gegenstand der Übertragung	211
2.1	Immaterialgüter- und Leistungsschutzrechte	211
2.2	Rechtspositionen vor Entstehung der Registerrechte	212
2.3	Unbekannte Nutzungsarten / Rechte an künftigen Immaterialgütern	212
2.4	Mit- und Weiterbenützungrechte	212
3	Wirkung und Rechtsnatur der Übertragung	213
4	Umfang der Rechtsübertragung	213
4.1	Quantitative Teilrechtsübertragung	213
4.2	Qualitative Teilrechtsübertragung	214
4.3	Grafische Übersicht über die einzelnen Übertragungsarten	216
5	Mehrere Rechtsinhaber	217
6	Formalien	217
6.1	Form der Übertragung	217
6.2	Registereintrag bei den Registerrechten	217
7	Verpflichtungsgeschäfte	218
7.1	Allgemeines	218
7.2	Exkurs: Auswirkungen des Nichtbestehens des Immaterialgüterrechts auf das Verpflichtungsgeschäft	219
7.3	Übertragung im Arbeitsverhältnis	219
7.4	Verlagsvertrag im Besonderen	220
8	Besonderheiten des Urhebervertragsrechts	223
8.1	Auslegungsregeln	223
8.2	Fehlende gesetzliche Regelung	224
9	Übertragung der Immaterialgüterrechte von Todes wegen	224
C	Verpfändung, Nutzniessung, (Vor-)Kaufrechte	224
1	Verpfändung	224
1.1	Zulässigkeit, Form und Registereintrag	225
1.2	Nutzung des Immaterialgüterrechts und Verwertung	225
2	Nutzniessung	225
2.1	Zulässigkeit, Form und Registereintrag	225
2.2	Befugnisse und Pflichten des Nutzniessers	226
3	Vorkaufs-, Kaufs- und Rückkaufsrechte	226
D	Lizenzvertrag	226
1	Begriff und Gegenstand	226
2	Rechtsnatur, Abgrenzungen und Rechtsgrundlagen	227
2.1	Rechtsnatur	227
2.2	Abgrenzungen	227
2.3	Rechtsgrundlagen	228
3	Arten und Umfang	229
3.1	Arten von Lizenzverträgen	229
3.2	Umfang der Berechtigung des Lizenzgebers	229
4	Vertragsparteien	230

5	Formelles	230
5.1	Form des Lizenzvertrags	230
5.2	Registereintrag	230
6	Pflichten des Lizenzgebers	231
7	Pflichten des Lizenznehmers	232
8	Leistungsstörungen	233
9	Beendigung des Lizenzvertrags	234
10	Prozessuale Stellung des Lizenznehmers	235
11	Exkurs: Kartellrechtliche Beurteilung von Lizenzverträgen	236
11.1	Beurteilung nach KG 5	236
11.2	Beurteilung nach KG 7	236
11.3	Folgen eines Kartellrechtsverstosses für den Lizenzvertrag	237
E	Zwangsverwertung von Immaterialgüterrechten	237
1	Gegenstand der Zwangsvollstreckung	237
2	Form und Folgen der Zwangsvollstreckung	237
3	Arrest	238
F	IPRG	238
1	Umfang des Vertragsstatuts; Abgrenzung vom Immaterialgüterrechtsstatut	238
2	Objektive Anknüpfung	239
3	Subjektive Anknüpfung	239
G	Übungen zum 6. Teil	239
7. Teil Rechtsschutz		241
A	Zivilrechtlicher Rechtsschutz	241
1	Überblick	241
2	Bestandesklagen	241
2.1	Nichtigkeitsklage	241
2.2	Übertragungsklage	242
3	Verletzungsklagen	242
3.1	Unterlassungsklage	243
3.2	Beseitigungsklage	243
3.3	Positive Feststellungsklage	244
3.4	Begehren auf Urteilspublikation	244
3.5	Klage auf Auskunftserteilung	244
3.6	Klagen auf Schadenersatz, Genugtuung und Gewinnherausgabe	245
4	Vorsorgliche Massnahmen	247
4.1	Arten vorsorglicher Massnahmen	248
4.2	Voraussetzungen	248
4.3	Inhalt und Wirkungen vorsorglicher Massnahmen	250
4.4	Verfahren	250
4.5	Schadenersatzpflicht und Sicherheitsleistung	251
5	Rechtsschutzinteresse und Klagelegitimation	251
5.1	Rechtsschutzinteresse	251
5.2	Klagelegitimation	252
6	Bestimmtheit von Rechtsbegehren	252
7	Zuständigkeit	253
7.1	Bundespatentgericht	253
7.2	Örtliche Zuständigkeit	253
7.3	Sachliche Zuständigkeit	256
7.4	Funktionelle Zuständigkeit (Rechtsmittelzug)	256
B	Strafrechtlicher Rechtsschutz	257

C	Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz	257
D	Hilfeleistung des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit	258
E	Übungen zum 7. Teil	259
8. Teil	Das Immaterialgüterrecht im Überblick	261
A	Tabellarischer Überblick	261
B	Übungen zum Immaterialgüterrecht insgesamt	261
Lösungen		263
	Lösungen zum 2. Teil	263
	Lösungen zum 3. Teil	265
	Lösungen zum 4. Teil	268
	Lösungen zum 5. Teil	271
	Lösungen zum 6. Teil	274
	Lösungen zum 7. Teil	276
	Lösungen zum 8. Teil	278
Stichwortverzeichnis		279

Abkürzungsverzeichnis

a[Gesetz]	alte Fassung des betreffenden Gesetzes
AB	Aktiebolag (schwedische Aktiengesellschaft)
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AH	Appellationshof
AJP	Allgemeine Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
a.M.	am Main / anderer Meinung
AO EPÜ	Ausführungsordnung vom 7. Dezember 2006 zum Europäischen Patent- übereinkommen (SR 0.232.142.21)
AO HMA	Gemeinsame Ausführungsordnung vom 30. September 2003 zur Fassung von 1999 [HMA] und der Fassung von 1960 des Haager Abkommens (SR 0.232.121.42)
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band
betr.	betreffend
BezGer	Bezirksgericht
BGE	in der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	Bundesgerichtsentscheid (nicht in der Amtlichen Sammlung veröffentlicht)
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BGH	Bundesgerichtshof (Karlsruhe)
BK	Berner Kommentar
BPatGer	Bundespatentgericht
BSK	Basler Kommentar
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101) Besloten vennootschap (niederländische Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich

bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CD	Compact Disc
CEO	Hauptgeschäftsführer (Chief Executive Officer)
CH	Schweiz (Confoederatio Helvetica)
CHF	Schweizer Franken
CJ	Cour de Justice
cm	Zentimeter
Co.	Company
Corp.	Corporation
CR PI	Commentaire Romand Propriété Intellectuelle
dergl.	dergleichen
ders.	derselbe
DesG	Bundesgesetz über den Schutz von Design (Designgesetz) vom 5. Oktober 2001 (SR 232.12)
DesV	Verordnung über den Schutz von Design (Designverordnung) vom 8. März 2002 (SR 232.121)
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DVD	Digital Versatile Disc
E.	Erwägung
EPA	Europäisches Patentamt
EPÜ	Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen), vom 5. Oktober 1973, revidiert in München am 29. November 2000 (SR 0.232.142.2)
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
evtl.	eventuell
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	und (fort)folgende/r (Seite[n], Randnummer[n] etc.)
fig.	Marke mit Bildelementen
FMedG	Bundesgesetz über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz) vom 18. Dezember 1998 (SR 810.11)
FusG	Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services), Anhang 1.B zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR 0.632.20)

GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) vom 30. Oktober 1947 (SR 0.632.21)
GebV-IGE	Verordnung des IGE über Gebühren vom 14. Juni 2016 (SR 232.148)
gem.	gemäss
ggf.	gegebenenfalls
GGV	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOG/ZH	Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess des Kantons Zürich vom 10. Mai 2010 (LS 211.1)
GTG	Bundesgesetz über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (Gentechnikgesetz) vom 21. März 2003 (SR 814.91)
GUB/GGA-VO	Verordnung über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse, waldwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete waldwirtschaftliche Erzeugnisse (GUB/GGA-Verordnung) vom 28. Mai 1997 (SR 910.12)
HasLV	Verordnung über die Verwendung von schweizerischen Herkunftsangaben für Lebensmittel vom 2. September 2015 (SR 232.112.1)
HGer	Handelsgericht
h.L.	herrschende Lehre
HMA	Genfer Akte des Haager Abkommens über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle vom 2. Juli 1999 (SR 0.232.121.4)
HMG	Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21)
Hrsg.	Herausgeber
i.c.	in casu (im vorliegenden Fall)
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IGE	Institut für Geistiges Eigentum (Bern)
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
IR	in einem internationalen Register eingetragen
i.S.(v.)	im Sinne (von)
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
Jh.	Jahrhundert
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR 251)
KGer	Kantonsgericht

LDA	Loi sur le droit d'auteur et les droits voisins (siehe URG)
LG	Lizenzgeber
LGV	Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 16. Dezember 2016 (SR 817.02)
LGVE	Luzerner Gerichts- und Verwaltungsentscheide
lit.	litera
LMG	Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz) vom 20. Juni 2014 (SR 817.0)
LN	Lizenznehmer
LS	Zürcher Loseblattsammlung (Kanton Zürich)
Ltd.	Limited
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) vom 30. Oktober 2007 (SR 0.275.12)
LwG	Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz) vom 29. April 1998 (SR 910.1)
m.a.W.	mit anderen Worten
max.	maximal
mind.	mindestens
mm	Millimeter
MMA	Madriдер Abkommen über die internationale Registrierung von Marken, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967 (SR 0.232.112.3)
MMG	Bundesgesetz betreffend die gewerblichen Muster und Modelle vom 30. März 1900 (nicht mehr in Kraft)
MMP	Protokoll zum Madriдер Abkommen über die internationale Registrierung von Marken vom 27. Juni 1989 (SR 0.232.112.4)
MSchG	Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz) vom 28. August 1992 (SR 232.11)
MSchV	Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben vom 23. Dezember 1992 (SR 232.111)
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
n[Gesetz]	revidierte (neue), aber noch nicht in Kraft getretene Fassung des betreffenden Gesetzes
N	Note
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
o.Ä.	oder Ähnliches
OGer	Obergericht
OMPI	Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (englisch WIPO)
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)

PatG	Bundesgesetz über die Erfindungspatente (Patentgesetz) vom 25. Juni 1954 (SR 232.14)
PatGG	Bundesgesetz über das Bundespatentgericht (Patentgerichtsgesetz) vom 20. März 2009 (SR 173.41)
PatV	Verordnung über die Erfindungspatente (Patentverordnung) vom 19. Oktober 1977 (SR 232.141)
PCT	Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patent Cooperation Treaty) vom 19. Juni 1970 (SR 0.232.141.1)
PLT	Patentrechtsvertrag (Patent Law Treaty) vom 1. Juni 2000 (SR 0.232.141.2)
Prot. EPÜ 69	Protokoll über die Auslegung des Artikels 69 des Europäischen Patentübereinkommens vom 29. November 2000 (SR 0.232.142.25)
PVÜ	Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967 (SR 0.232.04)
RA	Internationales Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom-Abkommen) vom 26. Oktober 1961 (SR 0.231.171)
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, revidiert in Paris am 24. Juli 1971 (SR 0.231.15)
resp.	respektive
RKGE	Rekurskommission für geistiges Eigentum (aufgelöst)
RL-MM	Richtlinie 98/71/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 13. Oktober 1998 über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen
Rn.	Randnote
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SA	Übereinkommen über die Verbreitung der durch Satelliten übertragenen programmtragenden Signale (Brüsseler Satelliten-Abkommen) vom 21. Mai 1974 (SR 0.231.173)
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht (Zürich), (bis 1996: SMI, siehe dort)
SIWR	Schweizerisches Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht (Basel)
SJ	La Semaine Judiciaire (Genf)
SMI	Schweizerische Mitteilungen über gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (Zürich), (ab 1996: sic!, siehe dort)
sog.	sogenannt
SortG	Bundesgesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen (Sortenschutzgesetz) vom 20. März 1975 (SR 232.16)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
Srl	Società a responsabilità limitata (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)

StFG	Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellenforschungsgesetz) vom 19. Dezember 2003 (SR 810.31)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
TA	Tribunale d'appello
ToG	Bundesgesetz über den Schutz von Topographien von Halbleitererzeugnissen (Topographiengesetz) vom 9. Oktober 1992 (SR 231.2)
TRIPS	Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights), Anhang 1C des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR 0.632.20)
TTA	Übereinkommen zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (Genfer Tonträger-Abkommen) vom 29. Oktober 1971 (SR 0.231.172)
u.a.	unter anderem
URG	Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. Oktober 1992 (SR 231.1)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 (Deutschland)
URV	Verordnung über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsverordnung) vom 26. April 1993 (SR 231.11)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USPTO	United States Patent and Trademark Office
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241)
v.a.	vor allem
v.A.w.	von Amts wegen
VGG	Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR 173.32)
vgl.	vergleiche
VID	Verordnung über Internet-Domains vom 5. November 2014 (SR 784.104.2)
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkungen
vs.	versus (gegen)
VStrR	Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974 (SR 313.0)
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz) vom 20. Dezember 1968 (SR 172.021)
WCT	WIPO-Urheberrechtsvertrag vom 20. Dezember 1996 (SR 0.231.151)
WeinVO	Verordnung über den Rebbau und die Einfuhr von Wein (Weinverordnung) vom 14. November 2007 (SR 916.140)
WIPO	World Intellectual Property Organisation (französisch OMPI)

WPPT	WIPO-Vertrag über Darbietungen und Tonträger vom 20. Dezember 1996 (SR 0.231.171.1)
WSchV	Verordnung über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen (Wappenschutzverordnung) vom 2. September 2015 (SR 232.211)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
WUA	Welturheberrechtsabkommen, revidiert am 24. Juli 1971 in Paris (SR 0.231.01)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZivGer	Zivilgericht
ZK	Zürcher Kommentar
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (SR 272)
z.T.	zum Teil

Die aufgeführten Werke werden – sofern nicht anders aufgeführt – mit dem Namen der Autoren, der Seitenzahl, dem Paragraphen und/oder der Randnote zitiert.

Allgemeine Literatur zum Immaterialgüterrecht

DE WERRA JACQUES/GILLIERON PHILIPPE (Hrsg.), Commentaire Romand, Propriété intellectuelle, Basel 2013 [zit.: CR PI- AUTOR/IN].

KAISER MARKUS/RÜETSCHI DAVID, Immaterialgüterrecht, in a nutshell, 4. Aufl., Zürich/St. Gallen 2021.

MARBACH EUGEN/DUCREY PATRIK/WILD GREGOR, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, 4. Aufl., Bern 2017.

TROLLER ALOIS, Immaterialgüterrecht I und II, 3. Aufl., Basel 1983/85.

WEINMANN CONRAD/MÜNCH PETER/HERREN JÜRIG (Hrsg.), Schweizer IP-Handbuch, Intellectual Property – Konzepte, Checklisten und Musterdokumente für die Praxis, 2. Aufl., Basel 2021 [zit.: AUTOR/IN, in: WEINMANN/MÜNCH/HERREN].

Patentrecht

BERTSCHINGER CHRISTOPH/MÜNCH PETER/GEISER THOMAS (Hrsg.), Schweizerisches und europäisches Patentrecht, Handbücher für die Anwaltspraxis Bd. VI, Basel/Genf/München 2002 [zit.: AUTOR/IN, in: BERTSCHINGER/MÜNCH/GEISER].

BLUM RUDOLF/PEDRAZZINI MARIO, Das schweizerische Patentrecht: Kommentar zum Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente: Bd. I, Art. 1–16/Bd. II, Art. 17–48, 2. Aufl., Bern 1975 [zit.: PatG].

BRINER ALFRED, Patentierungsvoraussetzungen, in: SIWR IV, Patentrecht und Know-how, unter Einschluss von Gentechnik, Software und Sortenschutz, Basel/Genf/München 2006 [zit.: SIWR IV].

BÜHLER LUKAS/BLIND BURI SONIA, Entstehung des Patents, in: SIWR IV, Patentrecht und Know-how, unter Einschluss von Gentechnik, Software und Sortenschutz, Basel/Genf/München 2006 [zit.: SIWR IV].

CALAME THIERRY, Grundlagen, Die Berechtigung an der Erfindung, Die Wirkung des Patents, in: SIWR IV, Patentrecht und Know-how, unter Einschluss von Gentechnik, Software und Sortenschutz, Basel/Genf/München 2006 [zit.: SIWR IV].

CALAME THIERRY, Öffentliche Ordnung und gute Sitten als Schranken der Patentierbarkeit gentechnologischer Erfindungen: eine Untersuchung des Europäischen Patentübereinkommens und des Schweizerischen Patentgesetzes unter Berücksichtigung des internationalen Rechtsumfelds, Diss. St. Gallen, Basel 2001.

CALAME THIERRY/HESS-BLUMER ANDRI/STIEGER WERNER, Patentgerichtsgesetz (PatGG), Kommentar, Basel 2013 [zit.: AUTOR/IN, in: CALAME/HESS-BLUMER/STIEGER].

HEINRICH PETER, Schweizerisches Patentgesetz, Europäisches Patentübereinkommen, Kommentar, 3. Aufl., Bern 2018 [zit.: PatG].

HILTI CHRISTIAN/KÖPF ALFRED/STAUBER DEMIAN/CARREIRA ANDREA, Schweizerisches und europäisches Patent- und Patentprozessrecht, 4. Aufl., Bern 2021.

LUGINBÜHL STEFAN, Wegfall und Beschränkung des Patents, in: SIWR IV, Patentrecht und Know-how, unter Einschluss von Gentechnik, Software und Sortenschutz, Basel/Genf/München 2006 [zit.: SIWR IV].

SCHWEIZER MARK/ZECH HERBERT, Patentgesetz PatG, Stämpflis Handkommentar, Bern 2019 [zit.: AUTOR/IN, in: SCHWEIZER/ZECH].

Urheberrecht (und verwandte Schutzrechte)

BARRELET DENIS/EGLOFF WILLI, Das neue Urheberrecht, Kommentar, 4. Aufl., Bern 2020.

CHERPILLOD IVAN, Geltungsbereich, Schranken des Urheberrechts, in: SIWR II/1, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 3. Aufl., Basel 2014 [zit.: SIWR II/1].

DESSEMONTET FRANÇOIS, Le droit d'auteur, Lausanne 1999.

GOVONI CARLO/STEBLER ANDREAS, Die Bundesaufsicht über die kollektive Verwertung von Urheberrechten, in: SIWR II/1, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 3. Aufl., Basel 2014 [zit.: SIWR II/1].

HILTY RETO M., Urheberrecht, 2. Aufl., Bern 2020.

MOSIMANN PETER, Die nicht-individuelle Fotografie, in: MOSIMANN PETER (Hrsg.), Das revidierte Urheberrecht. Die wesentlichen Neuerungen – eine Standortbestimmung, Basel 2020 [zit.: AUTOR/IN, in: MOSIMANN].

MOSIMANN PETER, Die verwandten Schutzrechte, in: SIWR II/1, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 3. Aufl., Basel 2014 [zit.: SIWR II/1].

MÜLLER BARBARA K./OERTLI REINHARD (Hrsg.), Urheberrechtsgesetz (URG), 2. Aufl., Bern 2012 [zit.: AUTOR/IN, in: MÜLLER/OERTLI].

REHBINDER MANFRED, Schweizerisches Urheberrecht, 3. Aufl., Bern 2000.

REHBINDER MANFRED/HAAS LORENZ/UHLIG KAI-PETER, URG – Urheberrechtsgesetz mit weiteren Erlassen und internationalen Abkommen, Orell Füssli Kommentar, 4. Aufl., Zürich 2022.

VON BÜREN ROLAND/MEER MICHAEL A., Einleitung, Der Werkbegriff, Der Urheber, Rechtsübergang und Zwangsvollstreckung, in: SIWR II/1, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 3. Aufl., Basel 2014 [zit.: SIWR II/1].

Designrecht

HEINRICH PETER, DesG/HMA: Schweizerisches Designgesetz und Haager Musterabkommen, Orell Füssli Kommentar, 2. Aufl., Zürich 2014 [zit.: DesG].

STAUB ROGER/CELLI ALESSANDRO (Hrsg.), Designrecht: Kommentar zum Bundesgesetz über den Schutz von Design, Zürich 2003 [zit.: AUTOR/IN, in: STAUB/CELLI].

STUTZ ROBERT MIRKO/BEUTLER STEPHAN/HOTTINGER MARC, Designgesetz DesG, Bundesgesetz vom 5. Oktober 2001 über den Schutz von Design, Stämpflis Handkommentar, 2. Aufl., Bern 2022.

WANG MARKUS, Designrecht, SIWR VI, Basel 2007 [zit.: SIWR VI].

Markenrecht

DAVID LUCAS/FRICK MARKUS R., Markenschutzgesetz/Wappenschutzgesetz, Kommentar, 3. Aufl., Basel 2017 [zit.: AUTOR/IN, in: LUCAS/FRICK].

MARBACH EUGEN, Markenrecht, SIWR III/1, 2. Aufl., Basel 2009 [zit.: SIWR III/1].

MEISSER DAVID/ASCHMANN DAVID, Domain-Namen, in: SIWR III/2, Firmenrecht, Schutz nicht registrierter Kennzeichen, Herkunftsangaben und andere geographische Bezeichnungen, Domain-Namen, 3. Aufl., Basel/Frankfurt a.M. 2019 [zit.: SIWR III/2].

NOTH MICHAEL G./BÜHLER GREGOR/THOUVENIN FLORENT (Hrsg.), Markenschutzgesetz (MSchG), Stämpflis Handkommentar, 2. Aufl., Bern 2017 [zit.: AUTOR/IN, in: NOTH/BÜHLER/THOUVENIN].

STREULI-YOUSSEF MAGDA/ASCHMANN DAVID, Herkunftsangaben und andere geographische Bezeichnungen, SIWR III/3, 3. Aufl., Basel/Frankfurt a.M. 2019.

WILLI CHRISTOPH, MSchG – Markenschutzgesetz, Orell Füssli Kommentar, Zürich 2002.

Rechtsverkehr

BIELER BRIGITTE, Die Übertragung des Urheberrechts: in Konstellationen des Arbeits-, Auftrags-, Werkvertrags- und Produzentenverhältnisses sowie in ausgewählten Bereichen des Umstrukturierungsrechts, Diss. Basel, Basel 2014.

FISCHER ROLAND, Lizenzverträge im Konkurs, Gesetzliche Regelung und vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten, Schriften zum Medien- und Immaterialgüterrecht, Bd. 87, Diss. Zürich, Bern 2008 [zit.: Lizenzverträge].

HILTY RETO M., Der Verlagsvertrag, in: SIWR II/1, Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, 3. Aufl., Basel 2014 [zit.: SIWR II/1].

HILTY RETO M., Softwarevertrag: Qualifikation im Lichte des gesetzlichen Gebrauchsrechts, in: Besonderes Vertragsrecht – aktuelle Probleme, Festschrift für Heinrich Honsell, Zürich 2002 [zit.: Softwarevertrag].

HILTY RETO M., Urhebervertragsrecht: Schweiz im Zugzwang? in: HILTY RETO M./BERGER MATHIS (Hrsg.), Urheberrecht am Scheideweg? Bern 2002 [zit.: Urhebervertragsrecht].

HILTY RETO M., Lizenzvertragsrecht, Systematisierung und Typisierung aus schutz- und schuldrechtlicher Sicht, Bern 2001 [zit.: Lizenzvertragsrecht].

REY MATTHIAS, Der Gutgläubenserwerb im Immaterialgüterrecht, Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Bd. 758, Diss. Bern, Bern 2009.

STAUB ROGER, Leistungsstörungen bei Urheberrechtsverträgen, Diss. Zürich, Bern 2000.

VON BÜREN ROLAND, Der Lizenzvertrag, in: SIWR I/1, Grundlagen, 2. Aufl., Basel/Frankfurt a.M. 2002 [zit.: SIWR I/1].

WEINMANN CONRAD, Die Rechtsnatur der Lizenz, Diss. Zürich, Bern 1996.

Rechtsschutz

DASSER FELIX/OBERHAMMER PAUL (Hrsg.), Lugano-Übereinkommen (LugÜ), 3. Aufl., Bern 2021 [zit.: AUTOR, in: DASSER/OBERHAMMER].

DAVID LUCAS/FRICK MARKUS R./KUNZ OLIVER M./STUDER MATTHIAS U./ZIMMERLI DANIEL, Der Rechtsschutz im Immaterialgüterrecht, in: SIWR I/2, 3. Aufl., Basel 2011 [zit.: DAVID et al., SIWR I/2].

SUTTER-SOMM THOMAS/HASENBÖHLER FRANZ/LEUENBERGER CHRISTOPH (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), 3. Aufl., Zürich 2016 [zit.: AUTOR, in: SUTTER-SOMM/HASENBÖHLER/LEUENBERGER].

Weitere verwendete Werke

AMONN KURT/WALTHER FRIDOLIN M.R., Grundriss des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts, 9. Aufl., Bern 2013.

BÄR ROLF, Das internationale Privatrecht (Kollisionsrecht) des Immaterialgüterrechts und des Wettbewerbsrechts, in: SIWR I/1, Grundlagen, 2. Aufl., Basel/Frankfurt a.M. 2002 [zit.: SIWR I/1].

BAUMANN MAX, ZK, Nutzniessung und andere Dienstbarkeiten, ZGB 745–778, 3. Aufl., Zürich 1999.

GIGER HANS, BK, Allgemeine Bestimmungen, Der Fahrniskauf, OR 184-215, 2. Aufl., Bern 1980.

GROLIMUND PASCAL/LOACKER LEANDER D./SCHNYDER ANTON K. (Hrsg.), BSK IPRG, Internationales Privatrecht, 4. Aufl, Basel 2021 [zit.: BSK- AUTOR].

MEIER-HAYOZ ARTHUR/FORSTMOSER PETER/SETHE ROLF, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 12. Aufl., Bern 2018.

MÜLLER-CHEN MARKUS/WIDMER LÜCHINGER CORINNE (Hrsg.), Zürcher Kommentar zum IPRG, 3. Aufl., Zürich 2018 [zit.: AUTOR/IN, IPRG].

THOUVENIN FLORENT, Funktionale Systematisierung von Wettbewerbsrecht (UWG) und Immaterialgüterrechten, Diss. Zürich, Köln 2007.

TSCHARLAND EVA, Sortenschutzrecht, in: SIWR IV, Patentrecht und Know-how, unter Einschluss von Gentechnik, Software und Sortenschutz, Basel/München 2006 [zit.: SIWR IV].

VISCHER FRANK/HUBER LUCIUS/OSER DAVID, Internationales Vertragsrecht, 2. Aufl., Bern 2000.

WIDMER LÜCHINGER CORINNE/OSER DAVID (Hrsg.), BSK, Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, 7. Aufl., Basel 2019 [zit.: BSK- AUTOR/IN].

ZOBL DIETER, BK, Das Sachenrecht, Das Fahrnispfand, ZGB 888–906, Bern 1996.

Materialienverzeichnis

Botschaft zur Änderung des Markenschutzgesetzes und zu einem Bundesgesetz über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen («Swissness»-Vorlage) vom 18. November 2009, BBI 2009, 8533–8676 [zit.: Botschaft MSchG].

Botschaft zur Änderung des Patentgesetzes (Systementscheid bei der Erschöpfung des Patentrechts) vom 21. Dezember 2007, BBI 2008, 303–350 [zit.: Botschaft PatG 2007].

Botschaft zum Bundesbeschluss über die Genehmigung von zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 10. März 2006, BBI 2006, 3389–3442 [zit.: Botschaft URG].

Botschaft zur Änderung des Patentgesetzes und zum Bundesbeschluss über die Genehmigung des Patentrechtsvertrags und der Ausführungsordnung vom 23. November 2005, BBI 2006, 1–154 [zit.: Botschaft PatG].

Botschaft über die Genehmigung von zwei Abkommen betreffend das europäische Patentsystem und über die Änderung des Patentgesetzes vom 18. Mai 2005, BBI 2005, 3773–3808 [zit.: Botschaft PatG 2005].

Botschaft über die Genehmigung des revidierten internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen und die Änderung des Sortenschutzgesetzes vom 23. Juni 2004, BBI 2004, 4155–4190 [zit.: Botschaft SortG].

Botschaft zu einem Bundesbeschluss zur Genfer Akte des Haager Musterschutz-Abkommens und einem Bundesgesetz über den Schutz von Design vom 16. Februar 2000, BBI 2000, 2729–2783 [zit.: Botschaft DesG].

A Rechte an immateriellen Gütern

Das Immaterialgüterrecht umfasst das Patentrecht, Urheberrecht, Designrecht und Markenrecht sowie den Sorten- und Topographenschutz. Statt von «Immaterialgüterrecht» spricht man häufig auch von «*intellectual property*» (*IP*) oder von «geistigem Eigentum». Der Begriff «geistiges Eigentum» ist allerdings gefährlich, da diesem die problematische, weil meist unzutreffende Idee einer Analogie zum Sachenrecht zugrunde liegt.

Hinweis

Das vorliegende Buch behandelt lediglich die vier «grossen» Immaterialgüterrechte ausführlich; auf den Sorten- und den Topographenschutz wird, der geringen praktischen Bedeutung entsprechend, nur in diesem Grundlagenteil kurz eingegangen (siehe hinten, S. 34 ff.).

Immaterialgüterrechte gewähren – wie der Name schon sagt – Rechte an immateriellen Gütern. Immateriell sind *Güter*, die keine körperliche Existenz aufweisen, vielmehr *geistiger Natur* sind, wie etwa das Werk eines Komponisten oder eine erfinderische Lehre. Immaterielle Güter zeichnen sich – im Gegensatz zu körperlichen Gütern, die durch das Sachenrecht erfasst werden – v.a. durch eine Besonderheit aus: Ihrer geistigen Natur entsprechend haben sie keine bestimmte Lage in Raum oder Zeit; vielmehr können sie sich gleichzeitig in einer Vielzahl von physischen Trägern und elektronischen Dateien manifestieren. Man spricht deshalb auch von der potenziellen *Ubiquität* geistiger Güter. Diese Eigenschaft ist für die Gestaltung des rechtlichen Schutzes immaterieller Güter ebenso wie für die Auswirkungen dieses Schutzes auf Dritte entscheidend.

Die Rechtsordnung schützt immaterielle Güter, indem sie einem bestimmten Rechtsinhaber, etwa dem Erfinder oder Urheber, ein *ausschliessliches, absolutes und subjektives Recht* an einem bestimmten Gut gewährt. Ausschliesslich ist dieses Recht insofern, als nur der Rechtsinhaber eine Berechtigung am fraglichen immateriellen Gut erwirbt. Immaterialgüterrechte werden deshalb auch als Ausschliesslichkeitsrechte bezeichnet. Absolut bedeutet, dass der Urheber sein Recht gegenüber jedermann geltend machen kann, dass Immaterialgüterrechten also eine Wirkung «*erga omnes*» zukommt. Der Begriff «subjektives Recht» bezeichnet schliesslich die dem Rechtsinhaber durch das Gesetz zugeordnete Rechtsstellung als solche.

B Ökonomische Rechtfertigung für Immaterialgüterrechte

Ihrer Ubiquität entsprechend können immaterielle Güter im Prinzip von einer unbegrenzten Vielzahl von Personen gleichzeitig genutzt werden, ohne dass die Nutzung durch eine Person diejenige durch andere Personen ausschliessen oder beeinträchtigen würde. So kann etwa ein urheberrechtlich geschütztes Werk von einer beliebigen Vielzahl von Menschen gelesen oder eine Erfindung von einer unbegrenzten Zahl von Unternehmen angewendet werden. Konsum und Nutzung immaterieller Güter sind damit – im Gegensatz zu körperlichen Gütern – nicht rivalisierend. Zudem ist es für den Inhaber eines immateriellen Guts oft nahezu unmöglich, Dritte faktisch vom Konsum dieses Guts auszuschliessen. Solche Güter, die im Konsum sowohl *nicht rivalisierend* wie auch *nicht ausschliessbar* sind, werden in der Ökonomie als *öffentliche Güter* bezeichnet. Die exklusive Zuweisung öffentlicher Güter zur ausschliesslichen Nutzung durch Einzelne ist aus Sicht Dritter problematisch, weil diesen die an sich mögliche Nutzung der Güter vorenthalten wird. Idealtypisch ist daher ein *freier Zugang zu immateriellen Gütern* anzustreben.

Zudem werden Güter i.d.R. nur geschaffen, wenn der *Produzent* in der Herstellung eines Guts einen *Nutzen* für sich erkennt. Der angestrebte Nutzen kann – muss aber nicht – finanzieller Natur sein. Wäre der Zugang zu immateriellen Gütern frei, könnte der Produzent solcher Güter mit diesen keinen Ertrag erwirtschaften. Zumindest diejenigen Güter, welche finanzieller Vorteile wegen hergestellt werden, würden dann erst gar nicht produziert. Damit läge ein klassischer Fall von Marktversagen vor. Besteht jedoch aus Sicht der Allgemeinheit ein Interesse an der Produktion

bestimmter Güter, so sollte der Gesetzgeber Rahmenbedingungen schaffen, die potenzielle Produzenten zur Herstellung dieser Güter anregen. Bei immateriellen Gütern kann ein Allgemeininteresse grundsätzlich angenommen werden: Erfindungen dienen dem technischen Fortschritt, künstlerisches Schaffen einem reichen und vielfältigen Kulturleben. Beides sind Entwicklungen, die von den meisten Menschen positiv beurteilt werden.

Mit der Zuweisung absoluter Rechte an den Schöpfer immaterieller Güter hat der Gesetzgeber Rahmenbedingungen geschaffen, welche den Eintritt des Marktversagens verhindern und die Herstellung sowie Verwertung dieser Güter begünstigen. Der Zweck dieser Rechte besteht insb. darin, *Anreize zur Schaffung immaterieller Güter* zu setzen, indem ihren Schöpfern deren ausschliessliche Verwertung vorbehalten wird. Das gilt so für das Patent-, Urheber-, Design-, Sortenschutz- und Topographenschutzrecht. Anders verhält es sich jedoch hinsichtlich der ökonomischen Rechtfertigung des Markenrechts. Dessen primärer Zweck ist nicht die Verhinderung eines Marktversagens, sondern die *Verringerung von Such- und Informationskosten*. Die Suchkosten umfassen dabei den Aufwand, der einem Konsumenten entsteht, um ein bestimmtes Produkt oder eine bestimmte Dienstleistung in der Menge des Angebots zu finden. Als Informationskosten wird hingegen der Aufwand für die Beschaffung der Informationen bezeichnet, die der Konsument benötigt, um sich für oder gegen den Erwerb bestimmter Waren oder Dienstleistungen zu entscheiden.

C System des immaterialgüterrechtlichen Schutzes

Das Immaterialgüterrecht befindet sich in einem *Spannungsverhältnis* zwischen dem Schaffen von Anreizen zur Produktion immaterieller Güter und dem Postulat nach einem möglichst freien und unbeschränkten Zugang zu diesen Gütern. Dieses Spannungsverhältnis hat zwei Konsequenzen: Einerseits ist immer wieder zu hinterfragen, ob die Zuweisung absoluter Rechte an immateriellen Gütern an einzelne Rechtsinhaber aus *Sicht der Allgemeinheit* vorteilhaft erscheint; nur dann sollten solche Rechte durch den Gesetzgeber vorgesehen werden. Andererseits ist den oft divergierenden *Interessen von Rechtsinhabern* und Dritten auch in den Immaterialgüterrechtsgesetzen selbst Rechnung zu tragen. Für den Umgang mit diesem Spannungsverhältnis und den erforderlichen *Interessenausgleich* bietet das System des immaterialgüterrechtlichen Schutzes zahlreiche Anknüpfungspunkte: die Definition der Schutzgegenstände, die Statuierung von Schutzvoraussetzungen und Schutzausschlussgründen, die Festlegung des Schutzbereichs und der einzelnen Verbotsrechte, das Schaffen von Schutzschranken und die Regelung der Schutzdauer.

1 Gegenstand

Der Gegenstand des Schutzes wird in den einzelnen Immaterialgüterrechtsgesetzen abschliessend festgelegt. Der Gegenstand wird dabei stets positiv durch eine Umschreibung des schützbaren immateriellen Guts, teils zudem auch negativ durch die Umschreibung vom Schutz ausgeschlossener Güter definiert. Als immaterielle Güter schützbar sind nach dem *Numerus clausus* der Immaterialgüterrechte ausschliesslich:

- *Erfindungen* i.S. des PatG: Eine Erfindung ist eine Lehre zum technischen Handeln, die ausführbar und wiederholbar ist (siehe dazu hinten, S. 39 f.). Keine Erfindungen sind etwa Entdeckungen, ästhetische Formschöpfungen, blosse Regeln für das menschliche Verhalten, Computerprogramme als solche sowie reine Informationen (siehe dazu hinten, S. 40 ff.).
- *Werke* i.S. des URG: Ein Werk ist das Ergebnis einer schöpferischen Tätigkeit im Bereich der Literatur oder Kunst; als Werke gelten aber auch Computerprogramme (siehe dazu hinten, S. 91 ff.). Neben den Werken werden im URG durch verwandte Schutzrechte auch Leistungen geschützt, die im Zusammenhang mit Werken erbracht werden (siehe dazu hinten, S. 117 ff.).
- *Designs* i.S. des DesG: Ein Design ist die äusserlich wahrnehmbare Gestaltung eines Erzeugnisses (siehe dazu hinten, S. 135 ff.).

- **Marken** i.S. des MSchG: Eine Marke ist ein Kennzeichen zur herkunftsbezogenen Unterscheidung von Waren und Dienstleistungen (siehe dazu hinten, S. 168 ff.). Neben den Marken werden im MSchG auch Herkunftsangaben geschützt (siehe dazu hinten, S. 198 ff.).
- **Sorten** i.S. des SortG: Eine Sorte ist die Gesamtheit von Pflanzen mit bestimmten homogenen Ausprägungsmerkmalen (siehe dazu hinten, S. 34 ff.).
- **Topographien** i.S. des ToG: Eine Topographie ist die dreidimensionale Struktur eines Halbleitererzeugnisses (siehe dazu hinten, S. 37).

2 Schutzvoraussetzungen

Die Immaterialgüterrechtsgesetze sehen (positiv) gewisse *Schutzvoraussetzungen* und (negativ) gewisse *Schutzausschlussgründe* vor, welche der jeweilige Schutzgegenstand erfüllen muss. Erst wenn die Schutzvoraussetzungen gegeben sind und keine Schutzausschlussgründe vorliegen, gewährt das Gesetz die Ausschliesslichkeitsrechte.

Hinweis

Zwischen dem Ausschluss vom Gegenstand des Schutzes und dem Vorliegen eines Schutzausschlussgrunds wird in den Immaterialgüterrechtsgesetzen nicht immer klar unterschieden. Um den inhaltlichen Zusammenhang der gesetzlichen Regelung nicht auseinanderreißen zu müssen, orientieren sich die Ausführungen bei den einzelnen Schutzrechten in erster Linie an der Systematik der jeweiligen Regelung und nicht an der dogmatischen Unterscheidung von Schutzgegenstand und Schutzvoraussetzungen.

Für jedes immaterielle Gut bestehen spezifische, dem geschützten Gegenstand entsprechende Schutzvoraussetzungen und/oder Schutzausschlussgründe:

- Für eine Erfindung wird ein Patent nur erteilt, wenn sie *neu, nicht-naheliegend* und *gewerblich anwendbar* ist (siehe dazu hinten, S. 48 ff.). Verschiedene Erfindungen sind aber vom Patentschutz ausgeschlossen, namentlich wenn ihre Verwertung gegen rechtliche oder sittliche Wertungen verstossen würde (für Näheres dazu siehe hinten, S. 43 ff.).
- Ein Werk ist nur urheberrechtlich geschützt, wenn es sich um eine *geistige Schöpfung* handelt, die *individuellen Charakter* aufweist (siehe dazu hinten, S. 94 ff.). Anderes gilt bei den verwandten Schutzrechten, die keine Schutzvoraussetzungen kennen und damit jede dem Schutzgegenstand entsprechende Leistung schützen (siehe dazu hinten, S. 117 ff.).
- Ein Design wird geschützt, wenn die Voraussetzungen der *Neuheit* und der *Eigenart* erfüllt sind. Vom Schutz ausgeschlossen sind hingegen Designs, die technisch bedingt sind oder gegen geltendes Recht, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstossen (siehe zum Ganzen hinten, S. 138 ff.).
- Eine Marke ist nur geschützt, wenn keine absoluten und relativen Schutzausschlussgründe vorliegen (siehe dazu hinten, S. 170 ff.). Ein absoluter Schutzausschlussgrund liegt namentlich vor, wenn ein Zeichen *Gemeingut bildet, für eine technisch notwendige Form beansprucht wird oder irreführend, rechts-, sitten- oder ordnungswidrig ist* (siehe dazu hinten, S. 171 ff.). Ein relativer Schutzausschlussgrund liegt dagegen vor, wenn ein Zeichen mit einer älteren Marke identisch oder einer solchen Marke ähnlich ist und für gleiche oder gleichartige Waren oder Dienstleistungen bestimmt ist, sodass sich daraus eine Verwechslungsgefahr ergeben würde (siehe dazu hinten, S. 177 ff.).
- Eine Sorte wird nur geschützt, wenn sie *neu, unterscheidbar, homogen* und *beständig* ist (siehe dazu hinten, S. 34 ff.).
- Einer Topographie wird nur Schutz gewährt, wenn sie *nicht alltäglich* ist (siehe dazu hinten, S. 37).

3 Erwerb

3.1 Übersicht

Für den *originären Erwerb* von Immaterialgüterrechten bestehen zwei unterschiedliche Systeme: Ein immaterielles Gut kann ohne Weiteres im Zuge seiner Entstehung rechtlich geschützt sein, sog. *Schöpferprinzip*. Dieses Regime gilt im Urheberrecht (siehe dazu hinten, S. 100 f.)